

Drittschutz, Akteneinsicht und Geheimnisschutz im Kartellverfahren

von
PROFESSOR DR. KARSTEN SCHMIDT
Hamburg



1992

CARL HEYMANNS VERLAG KG

Köln · Berlin · Bonn · München

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	V
Vorwort des Verfassers	VII

§ 1 Grundlagen

I. Kartellverfahrensrecht und Rechtsstaatlichkeit	1
1. Die zunehmende Bedeutung des Kartellverfahrensrechts	1
2. »Legitimation durch Verfahren« und »Richtigkeitsgewähr« in der Wirtschaftsaufsicht	3
3. Effektivität und Legitimität im Kartellverfahrensrecht: Zielkonflikt und Versöhnung	5
4. Charakteristische Konfliktfälle zwischen Drittschutz und Geheimnisschutz in der Praxis	8
II. Rechtsstaatlichkeit im kartellrechtlichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren	9
1. Vom Gerichtsschutzkonzept zum Rechtsschutzkonzept	9
2. Vom Rechtsschutz durch Verfahren zum Rechtsschutz im Verfahren	11
3. Verwaltungsverfahren und Beschwerdeverfahren nach dem GWB	12
4. Formalisierung und Kontinuität des Rechtsschutzes als Schlüssel zum Gegenstand der Untersuchung	15
III. Drittschutz und Beteiligtenschutz im Kartellverwaltungsrecht	16
1. Objektives und subjektives Recht in der kartellrechtlichen Wirtschaftsaufsicht	16
2. Drittbetroffenheit, Drittschutz und Drittrechte im Kartellverwaltungsverfahren ..	16
3. Subjektive Drittrechte »gegen Wettbewerbsbeschränkungen«	18
4. Subjektive Rechte Betroffener	19
IV. Akteneinsicht und Geheimnisschutz als Elemente der Rechtsstaatlichkeit und als Konfliktstoff im Kartellverfahren	20
1. Akteneinsichtsrechte	20
2. Geheimnisschutz	21
3. Die mehrdimensionale Konfliktlage im Vergleich mit dem Auskunftsverfahren nach § 46 GWB	23
4. Wertungsgrundlagen	24
V. Folgerungen für den Fortgang der Untersuchung	26
1. Der offene Geheimnisbegriff	26
2. Der offene Beteiligtenbegriff	28
3. Die Ordnung des Stoffes	28

§ 2 Das System des öffentlichrechtlichen Drittschutzes nach dem GWB als Grundlage von Akteneinsicht und Geheimnisschutz

I. Grundlagen	31
1. Drittschutz durch Verfahrensbeteiligung und Drittschutz ohne Verfahrensbeteiligung	31
2. Die Abgrenzung von Interessenschutz und Rechtsschutz als Aufgabe	33
II. Standardisierter Drittschutz durch Verfahrensbeteiligung kraft Gesetzes	34

1. Die Grundtatbestände	34
2. Der Fall des § 51 Abs. 2 Nr. 1 GWB: Beteiligung des Antragstellers	35
3. Der Fall des § 51 Abs. 2 Nr. 2 GWB: Beteiligung des kartellrechtlichen »Störers« ..	36
4. Der Fall des § 51 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 5 GWB: Verfahrensbeteiligung von Vertragspartnern	39
5. Gesetzliche Beteiligung am Beschwerdeverfahren	40
6. Zwischenergebnis	42
III. Differenzierter Drittschutz durch Beiladung	43
1. Die Tatbestände der Beiladung und ihre Funktion	43
2. Probleme der einfachen Beiladung	46
3. Der Konflikt von Beiladung und Geheimhaltungsinteressen	49
4. Subjektivrechtlicher Drittschutz durch notwendige Beiladung	53
5. Rechtsfolgen der unterlassenen notwendigen Beiladung	57
6. Die unterlassene Beiladung als ein systembildendes Rechtsinstitut	60
IV. Folgerungen für den Fortgang der Untersuchung	61
1. Die unterschiedliche Qualität der Verfahrensbeteiligung als Grundproblem des Geheimnisschutzes	61
2. Beschwerdeverfahren und Verwaltungsverfahren	62
<i>§ 3 Drittschutz und Geheimnisschutz im Beschwerdeverfahren</i>	
I. Rechtliches Gehör bei dem Beschwerdegericht und Verwertungsverbot für geheimgehaltenes Material	63
1. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	63
2. Das rechtliche Gehör als Verwertungsvoraussetzung und der Konflikt mit dem Geheimnisschutz	64
3. Kritik des Rechtszustandes vor der Fünften GWB-Novelle	71
4. Das Konfliktlösungsmodell der Fünften GWB-Novelle	73
II. Akteneinsicht und Aktenverwertung	75
1. Einsicht in die Gerichtsakten	75
2. Geheimnisschutz für Vorakten, Beiakten, Gutachten und Auskünfte	77
3. Die Überwindung des Verwertungsverbots durch das neue Zwischenverfahren nach § 71 Abs. 2 Satz 4–6 GWB	78
III. Folgerungen	80
1. Gesetzesstand	80
2. Fragestellungen für das Verwaltungsverfahren	81
<i>§ 4 Gehör, Akteneinsicht und Geheimnisschutz im Verwaltungsverfahren</i>	
I. Grundsätzliches	83
1. Parallelität der Probleme und Unausgewogenheit des Gesetzestextes	83
2. Der normative Befund	83
II. Rechtliches Gehör und Akteneinsicht im Verwaltungsverfahren	84
1. Das rechtliche Gehör	84
2. Akteneinsicht	84
3. Einsichtsverweigerung in Anlehnung an § 71 Abs. 3 GWB?	87
4. Die Verweigerung der Akteneinsicht: eine Verfügung?	89
III. Geheimnisschutz und Verwertungsverbot	91
1. Geheimnisschutz nach § 30 VwVfG	91
2. Das Verwertungsverbot	93
3. Abwägungshilfen aus §§ 70 Abs. 1, 71 Abs. 2 GWB n. F.	94
4. Zwischenverfahren analog § 71 Abs. 2 Satz 4–6 GWB?	95

IV. Der Ertrag für das Verwaltungsverfahren	96
1. Rechtssystematische und rechtspolitische Grundlagen	96
2. Praktische Konsequenzen	96
<i>§ 5 Ausblick</i>	
I. Das subjektive Drittrecht und seine Schlüsselfunktion im GWB	97
1. Der Wandel der Aspekte	97
2. Die Abgrenzung des subjektiven öffentlichen Drittrechts als ein Problem des Verhältnisses von Privatrecht und öffentlichem Recht	98
II. Ausblick auf das EG-Kartellrecht	100
1. Fragestellung	100
2. Vewaltungsverfahren	102
3. Gerichtsverfahren	106
4. Fazit	107
<i>§ 6 Zusammenfassung in Leitsätzen</i>	
I. Leitsätze zu § 1: Grundlagen	109
II. Leitsätze zu § 2: Das System des öffentlichrechtlichen Drittschutzes nach dem GWB als Grundlage von Akteneinsicht und Geheimnisschutz	110
III. Leitsätze zu § 3: Drittschutz und Geheimnisschutz im Beschwerdeverfahren	111
IV. Leitsätze zu § 4: Gehör, Akteneinsicht und Geheimnisschutz im Verwaltungsverfahren	112
V. Leitsätze zu § 5: Ausblick	113
Abgekürzt angeführte Literatur	115
Schlagwortregister	121